

Beschluss

Weil wir hier leben! - Kommunalpolitische Erklärung

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.02.2019
Tagesordnungspunkt: Top 8 Kommunalpolitische Erklärung

Weil wir hier leben! - Kommunalpolitische Erklärung

- 1 Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,
- 2 die bezahlbare Wohnung, der Radweg zum Bahnhof, die Kita um die Ecke, das
- 3 schnelle Internet, der zuverlässige Mobilfunkempfang, der Sport- und
- 4 Kulturverein, der Erhalt des Dorfladens oder die Bäume in unserer Straße –
- 5 direkt vor unserer Haustüre wird über unsere Lebensqualität entschieden. In
- 6 unseren Städten und Gemeinden legen wir den Grundstein für ein gutes Leben für
- 7 alle Menschen, jetzt, morgen und auch übermorgen.
- 8 Über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Zukunft unseres Planeten wird
- 9 auch hier in der Kommune entschieden: **„Global denken, lokal handeln!“**
- 10
- 11 Demokratie wird zuallererst vor Ort gelebt und praktiziert. Wir stehen für
- 12 lebendige Orte, in denen ein Klima des Respekts und der Toleranz herrscht, in
- 13 denen unsere Kinder gesund aufwachsen können und ältere Menschen so lange wie
- 14 möglich im häuslichen Umfeld leben können, in denen Neuzugezogene willkommen
- 15 sind und in denen wir auch als Bürger*in mitgestalten können. Gemeinsam haben
- 16 wir es in der Hand, unsere Kommunen ökologischer, sozialer und weltoffener zu
- 17 machen, mit mehr Klima-, Umwelt- und Naturschutz, guten Verbindungen mit Bus,
- 18 Bahn und Rad, starken Familien, attraktiven Kulturangeboten sowie gut
- 19 ausgestatteten Kitas und Schulen und vielfältigen Angeboten für die ältere
- 20 Generation.
- 21 So unterschiedlich und vielfältig wie die Menschen, die hier leben, so
- 22 unterschiedlich und vielfältig ist das Land. Wir sind uns bewusst, dass die
- 23 Problemlagen und Herausforderungen sehr unterschiedlich sind und stehen für eine
- 24 starke kommunale Selbstverwaltung. Jede Kommune hat das Recht, ihre eigene
- 25 individuelle Lösung zu suchen und muss dazu auch die tatsächlichen Möglichkeiten
- 26 haben. Grundvoraussetzung dafür ist eine auskömmliche Finanzierung der Städte
- 27 und Gemeinden. Es gibt einige wohlhabende, aber auch viele finanzschwache
- 28 Kommunen. Immer noch steht jede fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht, das
- 29 heißt die Einnahmen decken die Ausgaben nicht und Rücklagen sind nicht
- 30 vorhanden. Wir streben eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs und eine
- 31 Teilentschuldung der Kommunen mit besonders hohen Kassenkrediten an, um ihnen
- 32 genug eigene Gestaltungsspielräume zu ermöglichen.
- 33 Wir Bündnisgrüne haben gute Ideen, Mut zur Veränderung und eine klare Haltung.
- 34 Wir haben ein politisches Angebot für unser ganzes Land und passende Antworten

35 für die individuellen Herausforderungen vor Ort. Wir wollen unser Land
36 *fair*wandeln. Denn es liegt uns am Herzen. Weil wir hier leben!

37 Am 26. Mai 2019 wählen Sie in Brandenburg sowohl das Europaparlament, als auch,
38 wer Sie in den nächsten Jahren in der Gemeindevertretung, im Ortsbeirat, in der
39 Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag vertreten wird. Sie haben es in der
40 Hand, Ihr Dorf, Ihre Gemeinde oder Ihre Stadt ökologischer, sozialer und
41 weltoffener zu machen! Deshalb bitten wir Sie, am 26. Mai 2019 bei der
42 Kommunalwahl um Ihre Unterstützung für Bündnis 90/Die Grünen.

43 **Weil wir hier leben!**

44 **Öko? Logisch! Für lebenswerte Kommunen für Mensch und Umwelt**

45 Weil wir hier leben - wollen wir gesunde und lebenswerte Kommunen. Dafür ist es
46 nötig, dass bei allen Entscheidungen der ökologische Blick genauso
47 selbstverständlich wird wie der finanzielle, denn langfristig ist ökologisches
48 Verhalten auch günstiger, als ökologische Schäden aufwändig reparieren zu
49 müssen. Nur so können wir unsere vielfältige Landschaft für uns und unsere
50 Kinder erhalten.

51 Dafür machen wir uns stark.

- 52 • Der schwindenden Biodiversität muss Einhalt geboten werden. Ein besserer
53 Arten- und Tierschutz lässt sich z.B. durch die Schaffung naturnaher
54 Grünflächen, durch die Reduzierung der Mahd auf das Minimum und den
55 Verzicht auf chemische Dünger und Pflanzenschutzmittel erreichen.
- 56 • Wir wollen einen besseren Baum- und Alleenschutz durch kommunale
57 Baumschutzsatzungen und Nachpflanzprogramme, baumschonenden Straßenbau und
58 weitestgehenden Verzicht auf Salzeinsatz im Winter.
- 59 • Den Einsatz von Glyphosat und Neonikotinoiden wollen wir auf kommunalen
60 Flächen unterbinden. Für Bürger*innen wollen wir Informationen und
61 Workshops zum Gärtnern ohne Gifte anbieten.
- 62 • Wir streben eine gentechnikfreie Landwirtschaft an und wollen eine bessere
63 Überwachung der Einhaltung der Düngeverordnung durch die
64 Kreisumweltbehörden.
- 65 • Die Verwendung von Laubbläsern sehen wir kritisch, nicht nur aus Lärm- und
66 Emissionsschutzgründen, sondern auch wegen der Gefährdung von
67 Bodenbewohnern.
- 68 • Wasser muss in der Landschaft gehalten werden. Regenwasser muss versickern
69 können und sollte seltener abgeleitet werden.
- 70 • Den Hochwasserschutz wollen wir ökologisch gestalten, indem wir Auen und
71 Wiesen erhalten, statt sie zu versiegeln oder als Ackerflächen zu nutzen.
- 72 • Kommunale Abwasserkonzepte wollen wir weiterentwickeln und neu
73 orientieren.
- 74 • In Dörfern ohne zentrale Abwasserentsorgung soll die Errichtung von
75 Pflanzenkläranlagen gefördert werden.

- 76 • Gute Beleuchtungskonzepte berücksichtigen neben Sicherheitsstandards und
77 Klimaschutz durch das Einsparen von Strom auch den Schutz der nachtaktiven
78 Tiere.
- 79 • In Zusammenarbeit mit den lokalen Unternehmen wollen wir ehrgeizige
80 Umweltstandards etablieren.

81 **Energie und Klimaschutz. Global denken, lokal handeln.**

82 Die Starkregenereignisse 2017 und der Hitzesommer 2018 haben deutlich
83 gezeigt: Der Klimawandel ist bereits in vollem Gange. Die Klimaerhitzung zu
84 begrenzen ist DIE Menschheitsaufgabe für das 21. Jahrhundert. Viel hängt dabei
85 von der internationalen, Bundes- und Landesebene ab. Die dort formulierten Ziele
86 müssen aber oft vor Ort konkrete Umsetzung erfahren, damit sie tatsächlich
87 realisiert werden.

88 Dafür machen wir uns stark:

- 89 • Wir brauchen lokale Klimaschutzkonzepte, die Maßnahmen sowohl für die
90 Begrenzung der Klimaerhitzung als auch für die Anpassung an den bereits
91 stattfindenden Klimawandel beinhalten.
- 92 • Kreisliche und kommunale Stabsstellen für den Klimaschutz sollen alle
93 Maßnahmen und Investitionsvorhaben auf die Vereinbarkeit mit den
94 Klimaschutzziele abgleichen. Wir wollen Klimaschutz als Steuerungsziel in
95 den kommunalen, doppischen Haushalten verankern und umsetzen.
- 96 • Wir wollen Energie einsparen, indem in den Gemeinden ein Energiemanagement
97 implementiert wird, welches fortlaufend Einsparpotentiale identifiziert
98 und diese umsetzt. Bei den zuständigen Energiemanager*innen sollen sich
99 auch Bürger*innen über Einsparmöglichkeiten informieren können. Meist
100 finanziert sich ein Energiemanagement durch die Einsparungen selbst.
- 101 • Indem wir die Beschaffung auf ökologische und soziale Kriterien
102 ausgerichten, auf sparsame und klimafreundliche Technologien setzen und
103 bei Neuanschaffungen auf die Lebenszyklus- statt nur auf die
104 Anschaffungskosten schauen, wollen wir die Energie-Effizienz deutlich
105 steigern. Das beinhaltet z.B. LED bei der Straßenbeleuchtung, die
106 Antriebsumstellung auf Gas, Strom oder Hybride beim kommunalen Fuhrpark
107 oder die energetische Modernisierung kommunaler Wohnungen und
108 Verwaltungsgebäude.
- 109 • Die letztlich benötigte Energie soll möglichst aus erneuerbaren Quellen
110 bereitgestellt werden. Den Ausbau wollen wir dezentral gestalten und die
111 Bürger*innen partizipieren lassen, z.B. über Mieter*innenstrom. Den
112 Strombezug der Gemeinden wollen wir auf Ökostrom umstellen. Wir
113 unterstützen die Gründung von Stadtwerken oder auch gemeindeübergreifenden
114 Regionalwerken sowie Bürger*innenkraftwerken, um die Wertschöpfung der
115 Strom- und Wärmegewinnung in der Region zu halten. Über Solardachkataster
116 wollen wir das Potential der Sonnenenergie, insbesondere auf kommunalen
117 Gebäuden und Liegenschaften, sichtbar machen und nach und nach nutzen.
118 Dabei soll es eine frühzeitige, transparente und intensive
119 Bürger*innenbeteiligung bei den Standortentscheidungen geben. Die
120 Verwertung von Biomasse wollen wir auf regionale Kreisläufe und die

121 Nutzung von Reststoffen beschränken und damit sowohl Strom als auch Wärme
122 für Nahwärmenetze produzieren.

- 123 • Bei der Planung von Windenergieanlagen wollen wir für bessere
124 Beteiligungsmöglichkeiten und gesetzlich gesicherte finanzielle Teilhabe
125 für Bürger*innen und Kommunen Sorge tragen.
- 126 • Wir unterstützen ein Grünflächenmanagement, dass auf heimische und
127 klimawandelresistente Bepflanzung setzt, die den Wasserhaushalt
128 stabilisiert und die Biodiversität erhöht. Kommunale Wälder wollen wir
129 nach und nach zu artenreichen Mischwäldern umbauen.
- 130 • Bei der Städteplanung achten wir auf den Erhalt von Frischluftschneisen,
131 um überhitzten Siedlungen eine Frischluftzufuhr zu sichern.
- 132 • Das Begleitgrün öffentlicher Straßen und Wege sowie Plätze und Schulhöfe
133 wollen wir ökologisch gestalten.
- 134 • Bürgerschaftliches Engagement für den Klimaschutz, wie lokale Agenda-
135 Gruppen oder Divestmentvereine, unterstützen wir durch
136 Tagungsmöglichkeiten und konkrete Zusammenarbeit. Außerschulische
137 Bildungsangebote wollen wir erhalten.

138 **Wir machen mobil. In Stadt und Land**

139 Wir setzen auf eine umwelt- und sozialverträgliche Mobilität. Dafür wollen wir
140 die Stadtentwicklung auf kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeit/Ausbildung,
141 Einkaufen und Freizeit ausrichten. Diese Wege sollen dann zu Fuß, mit dem Rad
142 oder dem ÖPNV zurückgelegt werden können. Den klimaschädlichen und
143 lärmintensiven Verkehr mit dem Auto wollen wir auf das nötige Mindestmaß
144 reduzieren. Davon profitieren am Ende auch die Autofahrer*innen, da auf den
145 Straßen nur noch die Autos unterwegs sind, die das tatsächlich müssen. Wir
146 setzen uns dafür ein, kommunale Verkehrskonzepte zu entwickeln, die eine
147 strategische Gesamtplanung ermöglichen.

148 Dafür machen wir uns stark:

- 149 • Eine moderne Stadtplanung schafft kurze Wege, z.B. indem bei neuen
150 Wohngebieten die Versorgung mit Schulen, Kitas, Einkaufsmöglichkeiten und
151 Nahverkehrserschließungen gleich mitgeplant wird.
- 152 • Die natürlichste Art der Fortbewegung - das Laufen - stärken wir durch
153 attraktive Fußwege. Das beinhaltet u.a. klare Wegführungen, attraktiv
154 gestaltetes Umfeld mit Sitzmöglichkeiten sowie guter Beleuchtung in der
155 Nacht, sichere Querungsmöglichkeiten von Straßen und die Einrichtung von
156 Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen. Bei den Planungen und dem
157 Bau achten wir auf weitgehende Barrierefreiheit.
- 158 • Um den Radverkehr voran zu bringen, braucht es ausfinanzierte kommunale
159 Radverkehrspläne und Radverkehrsbeauftragte. Diese sollen u.a. ein Netz
160 radverkehrsfreundlicher Wegebeziehungen, verkehrssichere Wegführung,
161 wetterfeste und diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten beinhalten.

- 162 • Das Angebot des Busverkehrs verbessern wir durch Taktverdichtungen
163 bestehender und Schaffung neuer Linien, insbesondere Ortsbuslinien. Linien
164 mit unsteter Nachfrage flexibilisieren wir durch Ruf- und Bürgerbusse,
165 wobei wir auch die Potentiale autonomen Fahrens testen.

- 166 • Mitfahrbänke und Mitfahr-Apps fördern wir. Sie bieten besonders im
167 ländlichen Raum die Möglichkeit, freie Sitzplätze bei
168 ohnehinstattfindenden Fahrten zu teilen und damit auch Sozialstrukturen zu
169 stärken.

- 170 • Buslinien sollen bei uns nicht an den Kreisgrenzen enden. In
171 kreisübergreifender Zusammenarbeit mit dem VBB richten wir
172 landesbedeutsame Buslinien ein, die größere Zentren auch über Kreisgrenzen
173 hinweg verbinden, insbesondere als Querverkehr zwischen den Bahnlinien.

- 174 • Haltestellen und Fahrzeuge des ÖPNV wollen wir barrierefrei gestalten. Die
175 vorhandenen Straßenbahnen wollen wir dabei erhalten.

- 176 • Wir verbessern die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger durch
177 passende Umsteigezeiten, sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder – im
178 besten Fall mit Reparaturservice – und attraktiven Park&Ride-Orten.

- 179 • Beim Straßenbau setzen wir auf Erhalt vor Neubau. Neubau wollen wir auf
180 das absolut notwendige Maß beschränken und lieber vorhandene Straßen in
181 einen ordentlichen Zustand versetzen.

- 182 • Statt auf übermäßigen Bau und kostenloses Angebot von Stellplätzen auf
183 kommunalen Flächen, setzen wir auf konsequente Parkraumbewirtschaftung,
184 attraktive Park & Ride Angebote und autofreie Zentrumsbereiche. Werden
185 Stellplätze auf Kosten von Grünflächen errichtet, setzen wir uns für
186 Ausgleichsmaßnahmen ein.

- 187 • Für Straßenausbau und -erschließung ist uns eine frühzeitige Beteiligung
188 der Anwohner*innen bei der Planung wichtig, damit keine
189 überdimensionierten und damit teuren und flächenversiegelnden Anlagen
190 geschaffen werden.

- 191 • Wir ordnen und hierarchisieren die Straßennetze, damit alle Wohngebiete zu
192 attraktiven Tempo-30-Zonen werden und Tempo 50 nur noch auf den
193 Hauptachsen gilt.

- 194 • Wir kämpfen auf allen Ebenen für mehr Verbindlichkeit von
195 Lärmaktionsplänen und der konkreten Umsetzung der darin enthaltenen
196 Maßnahmen. Dafür formulieren wir keine Prüfaufträge, sondern stellen die
197 Notwendigkeit der Maßnahmen zur Erreichung der Lärmminderungsziele heraus,
198 damit übergeordnete Behörden diese nicht mehr ablehnen können.

- 199 • Wir wollen die Umsteigebeziehungen zwischen den verschiedenen
200 Verkehrsträgern (Bus-Bahn, sichere Radparkplätze an Bahnhöfen usw.)
201 verbessern.

- 202 • Wir verfolgen das Ziel der vollständigen Vermeidung von Todesopfern im
203 Verkehr (Vision Zero). Dafür richten wir kommunale Unfallkommissionen ein,
204 die regelmäßig Unfallschwerpunkte besuchen und konkrete Verbesserungen
205 erarbeiten. Diesen Kommissionen sollen mindestens die Verkehrspolizei, die

206 Stadtplanung und verkehrspolitische Verbände wie ADFC, VCD und ADAC
207 angehören.

208 **Wir schaffen Städte und Dörfer mit hoher Lebensqualität**

209 Wir wollen nachhaltig planen und bauen, denn Brandenburgs Kulturlandschaften,
210 seine Dörfer und Städte sind es uns wert. Wir wollen sie uns und unseren Kindern
211 und Enkeln erhalten und zum Wohle der Allgemeinheit weiterentwickeln. Schöne und
212 erhaltenswerte Städte und Dörfer mit hoher Aufenthaltsqualität für Wohnen,
213 Arbeiten und Freizeit sind Grundlage für ein nachhaltiges Lebensumfeld.

214 Dafür machen wir uns stark:

- 215 • Es gilt vorrangig, den Innenbereich zu aktivieren. Auch in den meisten
216 Gemeinden mit Bevölkerungswachstum hält dieser noch ausreichend Flächen
217 für Wohnen, Gewerbe und soziale Infrastruktur vor. Gesundes und
218 umweltschonendes Bauen ist bei einer Betrachtung der Lebenszykluskosten
219 auch wirtschaftlich nachhaltiger, als die reine Betrachtung der Baukosten.
- 220 • Wir stehen für echte Bürgerbeteiligung bei kommunalen Bauvorhaben sowie in
221 der Stadt- und Regionalplanung. Standort- und Investitionsentscheidungen
222 bedeutender kommunaler Bau- und Planungsvorhaben sollen in partizipativen
223 Verfahren unter Beteiligung von Planer*innen, Nutzer*innen, Betroffenen,
224 Vertreter*innen der Verwaltung und Abgeordneten vorbereitet werden. Ziel
225 ist eine belastbare Bedarfsplanung, höhere Akzeptanz und ein sicherer
226 Kostenrahmen.
- 227 • Auch in den Regionalen Planungsgemeinschaften wollen wir echte Beteiligung
228 und
229 Teilhabe der Bürger*innen umsetzen. Dazu müssen diese finanziell und
230 personell besser ausgestattet werden.
- 231 • Bei der Gestaltung von Straßen und Plätzen achten wir auf hohe
232 Aufenthalts-qualität. Sie sind nicht nur notwendige Verkehrswege, sondern
233 auch Lebensraum, der unsere Städte und Dörfer attraktiv macht. Großkronige
234 Bäume, Blühwiesen und Wasserflächen verbessern das Mikroklima, reinigen
235 die Luft und fördern die
236 Vielfalt unserer Flora und Fauna. So entstehen lebenswerte und gesunde
237 Städte und Dörfer.
- 238 • Für über 90 % der Haushalte ist ein Glasfaseranschluss bis ins Haus (FTTH)
239 möglich und auch wirtschaftlich darstellbar. Das wollen wir umsetzen.
- 240 • Es darf keine Dörfer mehr ohne Mobilfunkempfang geben. Hilfe in Notfällen
241 rufen zu können und die sichere Nutzung von Internetdiensten erfordern
242 eine 100%ige Abdeckung bewohnter Bereiche durch die Netzbetreiber. Dafür
243 setzen wir uns ein.
- 244 • Liegenschaften sowie land- und forstwirtschaftliche Flächen der Kommunen
245 wollen wir grundsätzlich nur im Erbbaurecht oder als Pachtland vergeben.
246 Die Vergabe soll nach inhaltlichen Kriterien (Konzeptverfahren), nicht
247 nach Höchstgebot erfolgen.

- 248 • Wir wollen kommunale Wohnungsbaugesellschaften, -genossenschaften und
249 selbstnutzende Baugemeinschaften, die den Gedanken der Gemeinnützigkeit
250 verankert haben, stärken und auch neue gründen. Gewinne sollen nicht
251 ausgeschüttet, sondern reinvestiert werden.

252 **Nachhaltig Wirtschaften in der Kommune**

253 Nachhaltigkeit und Gemeinwohl sind für uns die Grundpfeiler der ökologisch-
254 sozialen Marktwirtschaft, die wir weiter entwickeln wollen. Unser Ziel ist es,
255 die vorhandenen Mittel nachhaltig in die Zukunft zu investieren, Ressourcen
256 sparsam einzusetzen, die Umwelt nicht zu verschmutzen, die Wertschöpfung fair zu
257 verteilen und Armut zu bekämpfen. Bündnisgrüne kommunale Wirtschaftspolitik
258 nutzt die Marktmacht der Öffentlichen Hand, um nachhaltige Beschaffung zu
259 betreiben, unterstützt in der Städteplanung den kleinen und mittelständischen
260 Handel sowie regionale Wirtschaftskreisläufe.

261
262 Dafür machen wir uns stark:

- 263 • Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und der Beschaffung der Verwaltung
264 sollen ökologische und soziale Kriterien gelten.
- 265 • Wir entwickeln kommunale Divest-Strategien, die Mittel von Geldanlagen
266 bzw. Unternehmen abziehen, die z.B. fossile oder nukleare Energieträger
267 stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut
268 gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen.
- 269 • Mittelständische Firmen und Handwerksbetriebe wollen wir stärken, indem
270 wir
271 öffentliche Aufträge und Beschaffung, wo immer möglich, aufgliedert in
272 Fach- und Teillose ausschreiben.
- 273 • Wir bevorzugen eine Stadtplanung zugunsten lebendiger Innenstädte und
274 Dorfkerne mit kleinen, mittelständischen und inhaber*ingeführten Betrieben
275 statt weiterer Einkaufszentren auf der Grünen Wiese.
- 276 • Wir treiben die Etablierung von Regionalsiegeln voran und stärken die
277 Marktbeziehungen zwischen Stadt und Land. So stärken wir die regionale
278 Vermarktung und regionale Wertschöpfungsketten.
- 279 • Wir wollen lokale Online-Handelsplattformen initiieren, damit auch
280 kleinere, lokale Händler vor Ort stärker am Online-Handel partizipieren
281 können.
- 282 • Für die Vermarktung vor Ort wollen wir zum Beispiel Wochen-, Öko- oder
283 Bauernmärkte mit günstigen Standgebühren etablieren und bereits bestehende
284 Märkte stärken
- 285 • Mit uns gibt es kommunale Aktionspläne gegen Plaste. Wir machen Schluss
286 mit überflüssigem Plaste- und Verpackungsmüll z.B. mit Pfandsystemen für
287 Kaffeebecher oder Refillstationen für Wasserflaschen. Wir prüfen die
288 Möglichkeiten einer kommunalen Plastesteuer.
- 289 • Kommunale RepairCafés oder kommunale Gebrauchtwarenläden zur
290 Wiederverwendung oder Reparatur von Konsumgütern erfahren unsere
291 Unterstützung.

- 292 • Nachhaltiger und umweltfreundlicher Tourismus bedarf entsprechender
293 Kultur-, Natur- und Mobilitätsangebote.
- 294 • Gründer*innen wollen wir, z.B. durch Innovations- und Transferzentren,
295 unterstützen: zum Austausch, zur Weiterbildung sowie zur Vernetzung
296 untereinander sowie mit Hochschulen und Forschung.
- 297 • Durch offene Werkstätten, in denen gegen eine Nutzungsgebühr Geräte
298 genutzt und geteilt werden können, die für einzelne Unternehmen zu teuer
299 wären, wollen wir junger oder kleine Unternehmen unterstützen.
- 300 • Wir wollen den Handel mit fairen Produkten vor Ort fördern und beantragen
301 die Anerkennung als „Fairtrade“-Kommune im Rahmen der Kampagne „Fairtrade
302 Towns“.

303 Familien stärken

304 Kinder sind unsere Zukunft und Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Menschen
305 Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen allen Kindern ermöglichen,
306 gesund und sicher aufzuwachsen und dafür gute Bedingungen in unseren Kommunen
307 schaffen.

308 Dafür machen wir uns stark:

- 309 • Wir wollen unsere Städte und Gemeinden familienfreundlicher gestalten und
310 Mütter und Väter darin unterstützen, Familie und Berufsleben miteinander
311 zu verbinden.
- 312 • Jedes Kind braucht gute Startchancen ins Leben, von Anfang an! Wir wollen
313 die Hebammenversorgung sichern, alle Geburtsstationen im Land Brandenburg
314 erhalten, die Angebote der „Frühen Hilfen“ weiter ausbauen und „Netzwerke
315 gesunde Kinder“ professionalisieren.
- 316 • Gute Kitas in Stadt und Land – wir wollen Dorfkitas erhalten und Kitas zu
317 Bildungsorten weiterentwickeln, indem wir mit pädagogischen Konzepten,
318 guter räumlicher und finanzieller Ausstattung und regelmäßiger
319 Zertifizierung für mehr Qualität in unseren Kitas sorgen.
- 320 • Wir wollen die Qualität in den Kitas weiterentwickeln und die Einführung
321 der Beitragsfreiheit fortsetzen. Dazu streben wir eine Senkung der
322 Betreuungsschlüssel und familiengerechte Betreuungszeiten an. Bis die
323 Beitragsfreiheit erreicht ist, setzen wir uns für sozial gerechte und
324 vergleichbare Elternbeiträge in den Kommunen ein.
- 325 • Wir wollen Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln. Hier können
326 niedrigschwellige Angebote wie Schwangerschaftsberatung, Eltern-Kind-
327 Kurse, Vermittlung von unterstützenden Patenschaften, Beratung und
328 Aktivitäten für Regenbogenfamilien oder Senior*innenkreise stattfinden.
- 329 • Für uns gehört die Kindertagespflege ebenso zur Säule der Kinderbetreuung
330 wie die Kindertagesstätte. Auch hier muss gelten: Gute Qualität der
331 Arbeit, gute Qualifizierung, gute Bezahlung, die über den Mindestlohn
332 hinaus geht, und eine regelmäßige Evaluierung.

- 333 • Damit sich Kinder optimal entwickeln können, wollen wir in den Kitas
334 multiprofessionelle Teams einsetzen: neben Erzieher*innen auch Personal
335 aus den Bereichen der Sozialarbeit, Psychologie und Gesundheit. Für die
336 Kinder und Eltern benachteiligter Familien wollen wir niedrigschwellige
337 Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsprogramme anbieten.
- 338 • Das Bildungs- und Teilhabepaket erreicht viele Familien nicht. Wir wollen,
339 dass alle Kinder, die einen Anspruch auf das Paket haben, mit Hilfe einer
340 „Bildungskarte“ einen freien und unbürokratischen Zugang zu den Bildungs-,
341 Kultur- und Sportangeboten in ihrer Kommune erhalten.
- 342 • Wir setzen uns für sichere Schulwege ein, die es den Kindern ermöglichen
343 von Anfang an, selbstständig den Weg zur Schule zu meistern. Das fördert
344 nicht nur ihre Selbstständigkeit, sondern auch ihre Gesundheit und
345 Konzentration in der Schule.

346 **Freiräume für Jugendliche schaffen**

347 Jugend bedeutet für uns Möglichkeiten zur freien Entfaltung. Dafür braucht es
348 die richtigen Voraussetzungen, Räume, Angebote, Beteiligungsmöglichkeiten und
349 vor allem: Freiheiten, sich selbst auszuprobieren. Daher wollen wir Freiräume
350 für Jugendliche schaffen, damit sie ihre Interessen und Fähigkeiten entdecken
351 können.

352 Dafür machen wir uns stark:

- 353 • Jugendliche brauchen Mitbestimmungsmöglichkeiten in ihrer Gemeinde. Dank
354 unserer hartnäckigen Initiative im Landtag wurde die Kinder- und
355 Jugendbeteiligung verpflichtend in die Kommunalverfassung aufgenommen. Wir
356 wollen die konkrete Ausgestaltung der Beteiligung vor Ort fördern und
357 unterstützen. Wir befürworten eigene Etats für Kinder- und
358 Jugendparlamente bzw. Entwicklungswerkstätten, denn diese stellen einen
359 Schlüssel in der Beiteiligung an der Kommunalpolitik dar.
- 360 • Teilhabe bedeutet nicht nur Beteiligung an politischen Prozessen, sondern
361 auch Engagement in Ehrenämtern – z.B. bei freiwilligen Feuerwehren,
362 Geflüchteteninitiativen und in Vereinen. Wir wollen das Ehrenamt für
363 Jugendliche attraktiv gestalten, um deren Verankerung vor Ort zu stärken
364 und anstehende Generationenwechsel zu meistern.
- 365 • Jede Gemeinde soll eine*n Beauftragte*n für Angelegenheiten von Kindern
366 und Jugendlichen ernennen (§18a (3) Kommunalverfassung).
- 367 • Die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ist außerschulische Bildungsarbeit
368 mit politischer, sozialer, kultureller und persönlichkeitsbildender
369 Funktion. Wir wollen sie weiter ausbauen, mit den und im Interesse der
370 Jugendlichen gestalten.
- 371 • Wir wollen Chancenungleichheit bekämpfen und mit Hilfe der „Bildungskarte“
372 den Zugang zu Nachhilfeangeboten für finanziell benachteiligte Jugendliche
373 unbürokratisch ermöglichen.
- 374 • Jugendliche brauchen Zugang zu Kultur, dazu zählen auch Kneipen, Bars und
375 Clubs. Wir wollen Clubs in ländlichen wie urbanen Räumen erhalten und das
376 Kulturangebot aufwerten. Dort, wo es keine Ausgelmöglichkeiten gibt,

377 wollen wir durch guten ÖPNV dafür sorgen, dass eine sichere Hin- und
378 Rückfahrt zu kulturellen Angeboten gewährleistet ist - auch bis früh am
379 Morgen.

- 380 • Mit Kunstausstellungen, Bandauftritten, Vorträgen und Workshops in Kneipen
381 und Jugendclubs lassen sich viele Formen der Kunst, Kultur und Bildung
382 vernetzen. Kultur soll zugänglich und aktiv gestaltbar sein. Nur so kann
383 das Interesse an ihr bestehen bleiben. Kultur sollte nicht auf die
384 klassischen Orte für Kunst, Theater und Musik beschränkt sein, sondern
385 auch dort stattfinden, wo sie junge Menschen erreicht.
- 386 • Wir wollen in unseren Gemeinden nicht-kommerzielle Räume für junge
387 Menschen schaffen. So sollen für Jugendliche ohne eigenes Einkommen gute
388 Alternativen zu teuren Kneipen und kommerziellen Treffpunkten angeboten
389 werden. Gemeinden können Räume zur Verfügung stellen und gegebenenfalls
390 Vereine als Träger der Projekte unterstützen. Wir wollen gemeinsam mit der
391 Jugend vor Ort sogenannte „Solispaces“ entwickeln, in denen zum Beispiel
392 nichtkommerzielle Kneipen, Umsonstläden, Tischkicker-Räume und Co-Working-
393 Spaces einen Platz finden können. Es sollen nicht nur Freizeiträume,
394 sondern auch Räume für ungestörtes Arbeiten mit kostenlosem W-LAN
395 entstehen.
- 396 • Freizeit- und Arbeitsräume für Jugendliche sind nicht immer von vier
397 Wänden umgeben. Wir setzen uns dafür ein, dass in unseren Gemeinden
398 ausreichend Grünflächen als Liegewiesen zur Verfügung stehen. Zudem sollen
399 Schulsportanlagen nachmittags und am Wochenende der Öffentlichkeit zur
400 Verfügung stehen. In Gemeinden, die an einem Badegewässer liegen, muss
401 dafür gesorgt werden, dass ausreichend legale Badestellen zur Verfügung
402 stehen.
- 403 • Um Diskriminierung vorzubeugen und Risiken für Jugendliche zu minimieren,
404 wollen wir moderne und offene Aufklärungsarbeit in Bezug auf
405 Gleichberechtigung und queeres Leben, aber auch im Bereich des
406 Drogenkonsums leisten.
- 407 • Wir wollen für guten öffentlichen Nahverkehr sowie gute Internet- und
408 Mobilfunkverbindungen sorgen, denn sie sind Grundvoraussetzung – gerade
409 für ländliche Kommunen -, um konkurrenzfähig zu bleiben, Jugendliche vor
410 Ort zu halten oder Rückkehrer*innen zu gewinnen.

411 **Gute Bildungsangebote voranbringen**

412 Gute Bildung für jedes einzelne Kind – das ist für uns eine zentrale
413 Gerechtigkeitsfrage. Denn gute Bildung eröffnet die Chance auf ein
414 selbstbestimmtes Leben. Wir wollen Schulen zu Lern- und Lebensorten entwickeln,
415 die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte erweitern, ein Leben lang.

416 Dafür machen wir uns stark:

- 417 • Wir wollen gute Schulen - auch in ländlichen Regionen. Gute Schule ist
418 angstfrei, macht Spaß, bietet ausreichend Zeit bei Lernproblemen, gibt
419 Unterstützung und ermöglicht individuelle Lernwege. Wir machen auf allen
420 Ebenen Druck für eine bessere Ausstattung der Schulen: finanziell und
421 technisch. Für einen innovativen, digital gestützten Unterricht und an
422 moderne Lernformen angepasste Rahmenbedingungen.

- 423 • Schulbau und -sanierung müssen sich an den Bedürfnissen aller Beteiligten
424 orientieren und flexible Nutzungsmöglichkeiten der Lernumgebung bieten.
425 Wir wollen Orte zum Leben und Lernen schaffen, die Lernfreude und
426 Kreativität wecken und die ökologisch und energieeffizient sind.

- 427 • Wir unterstützen das Ziel, dass möglichst alle Schulen das Konzept der
428 „Schule für Gemeinsames Lernen“ übernehmen. Inklusiver Unterricht bedeutet
429 die individuelle Förderung jedes Kindes – ganz gleich ob mit oder ohne
430 Förderbedarf, ob leistungsstark oder eher schwach. Gleichzeitig brauchen
431 wir inklusive Schwerpunktschulen für besondere Förderbedarfe. Uns ist es
432 wichtig, dass der Anspruch auf einen Hortbesuch bis zum Abschluss der
433 sechsten Jahrgangsstufe unkompliziert in allen Kommunen möglich ist. Für
434 Kinder mit Förderbedarf muss ein Nachmittagsangebot bereitstehen.

- 435 • Gesundes Essen und ausreichendes regelmäßiges Trinken sind nicht nur
436 Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung der Kinder, sondern auch für
437 ihren Lernerfolg. Wir wollen in Kitas, Schulen und öffentlichen
438 Einrichtungen konsequent regionale Produkte und mehr bio auf den Teller
439 bringen. Damit frisch vor Ort gekocht werden kann, wollen wir eigene
440 Küchen einführen. Anspruchsberechtigte Kinder sollen mit Hilfe der
441 „Bildungskarte“ kostenfrei und unbürokratisch am Mittagessen in Kita,
442 Schule oder Hort teilnehmen können.

- 443 • Wir setzen uns für eine Stärkung der Mitwirkung in Kitas und Schulen ein.
444 Das betrifft insbesondere Kitaausschüsse und Kitabeiräte, die
445 Mitwirkungsorgane von Schüler*innen und Eltern, Schülervertretung,
446 Elternvertretung, Schulkonferenz, Kreisschülerrat, Kreiselternrat und
447 Kreisschulbeirat, z.B. durch Betreuungslehrer*innen für die
448 Schülervertretung oder durch mehr Mitspracherechte für die Eltern bei der
449 Essensversorgung.

- 450 • Langfristig sollen Schüler*innen, Auszubildende und Studierende den ÖPNV
451 kostenlos nutzen können. Beginnend wollen wir ein 365€-Ticket für
452 Schüler*innen und Auszubildende anbieten und das Wirrwarr der
453 verschiedenen kreislichen Erstattungsregeln harmonisieren. Senior*innen-
454 und Familientickets sollen insgesamt günstiger werden. Dabei anfallende
455 Mehrkosten muss das Land übernehmen.

- 456 • Wir wollen eine wohnortnahe und aktivierende Weiterbildungspolitik, die
457 Menschen in allen Lebensphasen den Zugang zu Bildungs- und
458 Kultureinrichtungen offenhält und so lebenslanges Lernen ermöglichen.
459 Deshalb unterstützen wir Volkshochschulen, die die
460 Weiterbildungslandschaft erweitern und durch Sprach- und Integrationskurse
461 maßgeblich zur Integration von Geflüchteten beitragen. Wir wollen die
462 Grundförderung für die Volkshochschulen aufstocken und setzen uns für
463 faire Honorare und qualifiziertes Personal ein.

- 464 • Bibliotheken sind wichtige kulturelle Treffpunkte und Teil der
465 öffentlichen Infrastruktur. Wir wollen sie erhalten und als
466 Standortfaktoren in die regionalen Entwicklungsplanungen einbeziehen.

467 **Gemeinsam und gerecht: Alle mitnehmen!**

468 Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort stärken. Alle Menschen,
469 die hier aufwachsen und leben, wohnen und arbeiten, brauchen Perspektiven für
470 ein gutes Leben, egal ob jung oder alt, Frau oder Mann, schon lange hier
471 ansässig oder neu zugezogen. Unser Ziel ist, Teilhabe und Selbstbestimmung für
472 jede und jeden zu ermöglichen. Wir stehen für eine tolerante und weltoffene
473 Gesellschaft, die die Verschiedenheit der Menschen als Bereicherung versteht und
474 wertschätzt.

475 Dafür machen wir uns stark:

- 476 • Wir wollen auch vor Ort alles dafür tun, Armut und Perspektivlosigkeit
477 entgegenzuwirken. Unser Ziel ist Teilhabe und Selbstbestimmung für Jede*n.
478 Zum Beispiel durch Gebührenfreiheit in kommunalen Einrichtungen, die
479 Bekämpfung von Kinderarmut mit Einführung der „Bildungskarte“ und
480 Fortführung bzw. Erhalt von Arbeit und Beschäftigung im öffentlichen
481 Interesse der Kommunen.
- 482 • Bei der freiwilligen Feuerwehr, im Sportverein oder der Tafel:
483 Ehrenamtliches Engagement ist ein elementarer Bestandteil des
484 Gemeindelebens und trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Wir wollen
485 es mehr unterstützen und weiter stärken.
- 486 • Wir fördern Inklusion in allen Lebensbereichen - das bedeutet nicht nur
487 gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, sondern auch
488 Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden, auf der Straße, im Internet und
489 in Schreiben von Behörden.
- 490 • Senior*innen sind auf soziale Angebote in Wohnortnähe angewiesen. Wir
491 treten für die Schaffung von generationenübergreifenden Begegnungsorten,
492 für Seniorenbeiräte und die Würdigung und Förderung des ehrenamtlichen
493 Engagements ein.
- 494 • Die Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen nimmt zu. Die meisten
495 möchten möglichst lange in ihrer vertrauten Wohnumgebung bleiben. Angebote
496 für die ambulante häusliche Pflege und die Bildung eines
497 pflegefreundlichen Wohnumfeldes unterstützen wir. Den barrierefreien
498 sozialen Wohnungsbau und zukunftsweisende neue Wohnformen wollen wir
499 entschlossener fördern.
- 500 • Unser Anspruch bleibt die wohnortnahe medizinische Versorgung: Wir wollen
501 die Übernahme von Arztpraxen durch junge Ärzt*innen erleichtern,
502 Medizinische Versorgungszentren fördern und Projekte wie rollende
503 Arztpraxen vorantreiben.
- 504 • Statt Krankenhäuser zu schließen, wollen wir Kooperation zwischen Kliniken
505 und allen Akteuren der Versorgungskette fördern: für einen Umbau der
506 Standorte zu modernen sektorübergreifenden Gesundheitsanbietern.
- 507 • Die gemeindenahe ambulante psychiatrische Versorgung vor Ort, die
508 Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi), Psychiatrischen Institutsambulanzen
509 (PIAs), Tageskliniken und kommunale psychiatrische Verbände wollen wir
510 verbessern.

- 511 • Wir wollen die Gleichstellung von Frauen vor Ort voranbringen und die
512 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in ihrer Arbeit stärken. Sie müssen
513 über ausreichend Zeit und ein eigenes Budget für ihre Arbeit verfügen. In
514 allen Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohner*innen wollen wir volle
515 Stellen für hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte etablieren.
- 516 • Von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder
517 dürfen wir nicht allein lassen. Wir wollen Frauenhäuser und
518 Frauenschutzwohnungen verlässlich und ausreichend finanzieren.
519 Frauenberatungsangebote und präventive Maßnahmen müssen auch in den
520 ländlichen Räumen erreichbar sein.
- 521 • Wir wollen in allen Gemeinden ein offenes und modernes Gesellschaftsbild
522 ohne Diskriminierung leben. Wir wollen gleiche Rechte für lesbische,
523 schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*, inter* und queere Menschen
524 (LSBTTIQ*), Diskriminierungen entgegenwirken und Hilfen auch für queere
525 Geflüchtete ermöglichen. Ein Hilfsangebot vor Ort in den Kreisen soll die
526 Etablierung von Ansprechpartner*innen für LSBTTIQ*-Belange in den Büros
527 der Gleichstellungsbeauftragten werden.
- 528 • Wir wollen an öffentlichen Plätzen geschlechterdifferenzierte Analysen
529 durchführen und die Sicherheit für Frauen und andere Personengruppen
530 gewährleisten. Wir wollen in öffentlichen Gebäuden der Kommunen auch
531 Unisex-Toiletten anbieten.
- 532 • Wir streiten für eine weltoffene Gesellschaft und treten
533 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Homo-, Trans- und
534 Biphobie, sowie jeglicher Form von Menschenfeindlichkeit entschieden
535 entgegen. Dazu wollen wir zivilgesellschaftliches Engagement und lokale
536 Aktionsbündnisse weiter stärken.
- 537 • Integration findet vor allem in den Kommunen statt. Wir wollen gute
538 Bedingungen für eine gelingende Integration schaffen.
539 Flüchtlingskoordinator*innen, Migrationsbeauftragten und
540 Migrationssozialarbeiter*innen sollen die Integration vor Ort koordinieren
541 und fördern.
- 542 • Die großartige Arbeit der Willkommensinitiativen wollen wir stärken, zum
543 Beispiel durch personelle Unterstützung durch die Verwaltung oder die
544 Übernahme von Verwaltungskostenpauschalen.
- 545 • Die Wohn- und Lebensbedingungen in den Unterkünften wollen wir verbessern
546 und für eine möglichst schnelle, dezentrale Unterbringung in Wohnungen
547 sorgen. Sollten die Geflüchteten auch nach Erlangung des Aufenthaltstitels
548 in den Unterkünften bleiben müssen, da sie keine bezahlbare Wohnung
549 finden, müssen die Mietkosten angemessen sein.
- 550 • Wir setzen uns für ein ausreichendes und gut erreichbares Angebot an
551 Sprach- und Integrationskursen ein.
- 552 • Kitas und Schulen wollen wir für den Umgang mit geflüchteten Kindern und
553 Jugendlichen stärken. Daher wollen wir auf Landesebene mehr individuelle
554 Förderung, eine Verbesserung der Betreuungsschlüssel und eine bessere
555 Ausstattung des Programms "Kiez-Kita" erreichen. Für den Unterricht in den

556 Vorbereitungsclassen und besonders für die Übergänge in die Regelclassen
557 brauchen wir gut fortgebildete Lehrkräfte und ausreichend
558 Schulsozialarbeit.

- 559 • Wir unterstützen Initiativen der „Seebrücke“, die bundesweit entstehen, so
560 auch in den Kommunen Brandenburgs, die „sichere Häfen“ zur Aufnahme von
561 geflüchteten Menschen aus Seenot werden wollen.

562 **Lebendige Kulturlandschaft gestalten**

563 Kunst und Kultur sind für eine offene Gesellschaft unverzichtbar und kann in
564 Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche Orientierung geben und neue Perspektiven
565 eröffnen. Wir verteidigen die kulturelle Vielfalt und wollen das kulturelle
566 Leben vor Ort beleben und fördern.

567 Dafür machen wir uns stark:

- 568 • Wir wollen Kunst und Kultur als zentralen Bestandteil unseres sozialen
569 Zusammenlebens fördern und in Kommunen und Kreisen gute Rahmenbedingungen
570 für vielfältige Kunst- und Kulturangebote schaffen.
- 571 • Öffentliche Musik- und Kunstschulen, Ausstellungs- und Aufführungsräume,
572 Volkshochschulen und Bibliotheken bieten ein hochwertiges Angebot an
573 kultureller Bildung, das wir gut ausstatten, erhalten und ausbauen wollen.
574 Die Angebote dürfen nicht als sogenannte „freiwillige Leistungen“ dem
575 Rotstift zum Opfer fallen.
- 576 • Wir setzen uns für auskömmliche Bezahlung im Kulturbereich ein. Schulen
577 und Projekte der kulturellen Bildung sollen tariflich bezahlte und
578 qualifizierte Mitarbeiter*innen vorhalten. Das Honorar für freie
579 Mitarbeiter*innen muss an den Tariflohn einschl. der Arbeitgeberanteile
580 angelehnt sein.
- 581 • Wir wollen eine „Freie Kunst- und Kulturförderung“, denn sie vermeidet
582 „Erbhöfe“, von denen immer die gleichen Angebote profitieren.
- 583 • Wir setzen uns für eine lebendige Erinnerungskultur und eine kritische
584 Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein. Die bestehenden
585 Erinnerungsorte wollen wir weiter fördern und auch bisher vernachlässigte
586 Orte in den Blick nehmen.
- 587 • Wir unterstützen Initiativen zur Ortsgestaltung und Regionalgeschichte wie
588 Heimat- und Kulturvereine. Diesen wollen wir ein proaktives Angebot
589 machen.
- 590 • Gute Baukultur motiviert Menschen sich auch emotional den aktuellen
591 Herausforderungen wie die wachsende Urbanisierung, Schrumpfung ländlicher
592 Räume, Ressourcenknappheit und Flächenverbrauch zu stellen. Wir
593 unterstützen die Schaffung von Kunst-, Kultur- und Baukulturstiftungen auf
594 Landes- und Kreisebene.
- 595 • Der Erhalt und die Weiterentwicklung ortsbildprägender Gebäude und
596 vorhandener Bausubstanz stiften kulturelle Identität. Wir wollen den
597 Denkmalschutz ausbauen, auch weil er das regionale Handwerk und die
598 Identifikation mit Ort und Landschaft stärkt. Denkmalschutz bedeutet für
599 uns dabei, die Vielfalt verschiedener Epochen zu bewahren.

- 600 • Mit vielfältigen kulturellen Angeboten wollen wir die Attraktivität unsrer
601 Dörfer und Städte steigern und den sanften Tourismus weiterentwickeln.
- 602 • Wir unterstützen besonders den Erhalt oder Aufbau von Begegnungsorten wie
603 Dorfgemeinschaftshäusern, um das soziale und kulturelle Leben in den
604 ländlichen Regionen zu fördern.
- 605 • Wir wollen den interkulturellen Dialog fördern und verstärkt Projekte
606 unterstützen, die die den Austausch mit Migrant*innen und Neuzugewanderten
607 fördern.
- 608 • Die Sprach- und Kulturförderung für die lange unterdrückte
609 sorbisch/wendische Minderheit setzen wir fort.

610 **Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten**

611 Bündnisgrüne Kommunalpolitik setzt auf Anerkennung, Wertschätzung und
612 Unterstützung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger sowohl von Verwaltung
613 als auch politischen Mandatsträger*innen. Auf Landesebene kämpfen wir für
614 Erleichterungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, z.B. längere Fristen,
615 weniger Tabu-Themen und eine Absenkung der Quoren. Aber auch jenseits der
616 Direkten Demokratie gibt es Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, die es zu
617 gestalten gilt. Neben der Schaffung von formalen Rahmen wollen wir auch die
618 Verwaltungsmitarbeiter*innen durch Weiterbildungen unterstützen, die Verfahren
619 sicher anzuwenden und ihre Vorteile zu nutzen.

620 Dafür machen wir uns stark:

- 621 • Wir setzen uns für Bürgerbeteiligungssatzungen mit großzügigen
622 Beteiligungsmöglichkeiten ein, die in verbindlichen Leitlinien nach dem
623 Vorbild Heidelbergs festgeschrieben werden. In diesen Satzungen können
624 auch über die Kommunalverfassung hinausgehende Beteiligungsinstrumente
625 festgelegt werden. Mittels einer fortlaufend aktualisierten Vorhabenliste
626 soll eine frühzeitige Information der Bürger*innen über die wichtigsten
627 Projekte und Planungen der Stadt gewährleistet werden.
628 Beteiligungsverfahren sollen dabei vom
629 Gemeinderat, von der Verwaltung selbst, von einer definierten Anzahl von
630 Einwohner*innen oder den vorhandenen Beiräten angeregt werden können.
631 Dabei stehen eine Vielzahl von Verfahren zur Verfügung, z.B.
632 Planungszellen, Workshops, Bürgerdialoge, Bürgerforen und Bürgerpanels,
633 Runden Tische oder World-Cafés. Die Beteiligungsergebnisse müssen
634 verlässlich in Abwägungs- und Entscheidungsprozesse einfließen.
- 635 • Wir bringen kommunale digitale Teilnehmungsplattformen voran, über die
636 alle Bürgerinnen und Bürger Petitionen, Vorschläge, Anregungen u.ä.
637 einreichen und/oder
638 unterstützen können.
- 639 • Ein einheitliches Bürgerinformationssystem mit Sitzungsterminen,
640 Tagesordnungen, Anträgen, etc. sowie aussagefähigen Protokollen zu allen
641 öffentlich verhandelten Punkten in jeder Kommune sowie schneller
642 Erreichbarkeit von Ratsfraktionen und Verwaltung erleichtert den
643 Bürger*innen die Übersicht über die Kommunalpolitik.

- 644 • Wir wollen stärker die Möglichkeit nutzen, Gremiensitzungen live im
645 Internet zu übertragen, um diese mitverfolgen zu können.
- 646 • Durch unsere Initiative im Landtag ist Kinder- und Jugendbeteiligung in
647 der Kommunalverfassung festgeschrieben. Nun gilt es Beiräte und Parlamente
648 für Kinder- und Jugendliche zu fördern.
- 649 • Wir setzen uns für Beiräte für Senioren, Behinderte und ausländische
650 Mitbürger*innen ein.
- 651 • Ortsbeiräte und Stadtteilkonferenzen wollen wir stärken, u.a. durch
652 verbesserte Informationsrechte und eigene Budgets sowie Möglichkeit der
653 EinwohnerInnen von Ortsteilen, nur sie betreffende Angelegenheiten auch
654 direktdemokratisch zu entscheiden.
- 655 • Wir wollen eine Kultur der Transparenz etablieren, die dazu führt, dass
656 mündige Bürger*innen informiert diskutieren und entscheiden können.
657 Transparenz und
658 Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln
659 sind Voraussetzungen für das Vertrauen in demokratische Strukturen und für
660 die Möglichkeit, sich aktiv einzumischen. Ziel ist, dass im Zuge der
661 ohnehin notwendigen Digitalisierung alle Verwaltungsdaten, Verträge oder
662 Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit unterliegen (z.B.
663 personenbezogene Daten oder als geheim eingestuft), in offenen,
664 maschinenlesbaren Formaten („Open Data“) proaktiv und zeitnah auf einer
665 Open-Data-Plattform verfügbar gemacht werden.
- 666 • Die Stellung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gilt es zu stärken
667 durch die Verpflichtung zur Schaffung von konkreten Rechten entsprechend
668 der
669 Vorgaben aus dem Landesgleichstellungsgesetz sowie Beauftragte oder
670 Ombudsstellen für den Schutz vor Diskriminierung auch bei kleineren
671 Kommunen.
- 672 • Wir setzen uns für einen Ehrenkodex für kommunale Abgeordnete ein, damit
673 diese ihre beruflichen Tätigkeiten und ggf. Abhängigkeiten öffentlich
674 machen sowie Schaffung eines Kodex für kommunale Unternehmen (Grundsätze
675 guter Unternehmensführung). Die Organisation Transparency International
676 sollte hierbei verstärkt eingebunden werden.

677 **Modern und bürgernah: Öffentliche Verwaltung modernisieren und digitalisieren**

678 Wir wollen die Verwaltung modernisieren und bürgerfreundlicher machen. Die
679 Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir nutzen, um Verwaltungsvorgänge
680 einfacher und effizienter zu gestalten und mehr online-Teilhabe zu ermöglichen.
681 Barrierefreiheit, Informationssicherheit und Datenschutz sind dabei zwingend
682 erforderlich.

683
684 Dafür machen wir uns stark:

- 685 • Bürgerämter der Städte und Gemeinden, sollen zum Eingangstor für die
686 gesamte
687 Kommunalverwaltung werden, also auch für die Angebote der Kreisverwaltung.
688 Damit wollen wir eine möglichst wohnortnahe Verwaltung aus einer Hand
689 schaffen. Wo die Wege zum Bürgerbüro zu weit werden, wollen wir mobile

690 Bürgerserviceangebote einführen, wie es sie bereits in einigen Kommunen
691 gibt.

- 692 • Durch mehr Digitalisierung und Möglichkeiten zur online-Antragstellung
693 wollen wir den Gang zum Amt überflüssig zu machen, wenn gewünscht.
- 694 • Wir wollen die Grundlagen schaffen für eine erfolgreiche Digitalisierung:
695 Ausreichende Ausstattung des IT-Service, unbedingte Beachtung von
696 Sicherheits- und Datenschutzstandards bei Ausschreibungen, Beachtung der
697 Energieeffizienz bei Anschaffung neuer Hard- und Software und langfristig
698 eine Umstellung auf freie und quelloffene Software
- 699 • Die Kulturelle Identität der Städte und Dörfer wollen wir erhalten.
700 Zwangsfusionen lehnen wir ab. Freiwillige Zusammenschlüsse wollen wir
701 unterstützen.
- 702 • Perspektivisch wollen wir alle Ämter zu brandenburgischen
703 Verbandsgemeinden weiterentwickeln, mit direkt gewählten
704 Bürgermeister*innen und mehr Beteiligungsmöglichkeiten für die
705 Bürger*innen.
- 706 • Bürger*innen brauchen eine leistungsstarke Verwaltung mit gut
707 ausgebildeten Beschäftigten, mit tariflicher Bezahlung und einer
708 auskömmlichen Personalausstattung. Die Verwaltung muss für die für die
709 Bürgerinnen und Bürger durch ein angemessenes und geordnetes Angebot von
710 Sprechzeiten gut erreichbar ist. Dies muss gleichermaßen auch für die
711 kommunalen Gesellschaften gelten. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, etwa
712 an Musikschulen und Volkshochschulen, sind einzudämmen und neue zu
713 unterlassen. Tätigkeiten, wie Wachschatz und Reinigungsleistungen, dürfen
714 nicht weiter an private Firmen vergeben werden. Soweit möglich, sollen
715 outgesourcte Aufgaben rekommunalisiert werden.
- 716 • Im kommunalen Verwaltungshandeln (Formulare, Vorschriften und allgemeine
717 Informationen) muss die Vielfalt der Familienformen und der
718 geschlechtlichen Identitäten angemessen Berücksichtigung finden.

719 **Solide Finanzen**

720 Damit Kommunen die kommunale Selbstverwaltung mit Leben füllen können, indem sie
721 freiwillige Leistungen anbieten, die Bürger*innen demokratisch beteiligen und
722 eine

723 moderne Verwaltung aufbauen können, müssen Land und Bund für eine ausreichende
724 Finanzierung der Kommunen Sorge tragen. Die Kommunen in Brandenburg müssen ihre
725 volle finanzielle Souveränität erlangen und im Berliner Umland das Wachstum
726 meistern können. Immer noch steht jede fünfte Kommune unter Haushaltsaufsicht,
727 d.h. ihre Einnahmen decken auch bei sparsamster Haushaltsführung die Ausgabe
728 nicht und Rücklagen sind nicht vorhanden. Wir wollen die kommunale Ebene
729 dauerhaft besser finanzieren

730 Dafür machen wir uns stark:

- 731 • Eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs. Für die Teilentschuldung
732 von Kommunen mit besonders hohen Kassenkrediten muss das Land ausreichend
733 Mittel bereitstellen. Für die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs
734 wollen wir die Ausgleichsmechanismen zwischen armen und reichen Kommunen

735 stärken, uns mehr am Steueraufkommen und Bedarf orientieren und soziale
736 Aspekte, wie zum Beispiel die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, bei der
737 Verteilung der Schlüsselzuweisungen stärker berücksichtigen.

- 738 • Haushaltskonzepte, die Priorität nicht auf kurzfristige Investitionen in
739 Einzelinteressen setzen, sondern auf eine langfristige Entwicklung der
740 Kommune zum Wohle aller Bürger*innen, d.h. auf Investitionen in Kitas und
741 Schulen, Gemeinde- und Familienzentren, Jugend- und Seniorenarbeit, Sport
742 und Kultur, Klimaschutz- oder Radwegekonzepte u.v.m.
- 743 • Transparente und übersichtliche Haushalte der Kommunen, damit Abgeordnete
744 und Bürger*innen sie verstehen können. Die Möglichkeiten des doppelten
745 Haushalts sollen so genutzt werden, dass finanzielle Spielräume für
746 politische Prioritätensetzungen sichtbar werden. Einnahmen, deren Quellen
747 und Entwicklung sowie die Ausgaben und Änderungen gegenüber dem Vorjahr
748 müssen nachvollziehbar dargelegt werden.
- 749 • Den Abbau von Schulden und den Erhalt von Eigenkapital, damit es auch für
750 zukünftige Generationen finanzielle Spielräume gibt.
- 751 • Den Ausverkauf von Grund und Boden durch die Kommunen wollen wir stoppen.
752 Kommunale Grundstücke sollen nur noch auf Erbpachtbasis vergeben werden.
- 753 • Ein Bürger*innenhaushalt als ein gutes Projekt, um Spar- und
754 Investitionsvorschläge der Bevölkerung zu erfragen, abzuwägen und so weit
755 wie möglich auch umzusetzen. Damit wollen wir den Bürger*innen ermöglichen
756 an den Entscheidungen über die Ausgaben ihrer Kommune zu beteiligen,
757 insbesondere an Entscheidungen über die sogenannten „freiwilligen
758 Leistungen“ z.B. für Projekte im Bereich Soziales, Kultur oder Sport.
759 Viele Kommunen in Brandenburg praktizieren das bereits erfolgreich.

760 **Europa vor Ort erfahrbar machen**

761 Die Europäische Union ist eine politische Erfolgsgeschichte, ganz besonders auch
762 für Brandenburg. Niemals zuvor in der Geschichte gab es eine vergleichbare
763 Periode des weitreichenden Friedens, der politischen und persönlichen Freiheit
764 für alle und des relativen Wohlstands für viele, gleichwohl die EU bei der
765 Armutsbekämpfung und der Wohlstandsverteilung aus unserer Sicht dringend besser
766 werden muss. Wir können uns eine gute Zukunft für Brandenburg und seine Kommunen
767 nur im Rahmen eines gemeinsamen Europas vorstellen und werden es mit aller Kraft
768 verteidigen.

769 Dafür machen wir uns stark:

- 770 • Wir wollen Europa vor Ort sichtbar machen, z.B. durch eine klare
771 Ausweisung von EU-geförderten Projekten vor Ort.
- 772 • Für alle Fragen rund um Europa wollen wir in den Regionen zentrale
773 Anlaufstellen einrichten, sogenannte „One-Stop-Shops“, die über Förder-
774 und Austauschprogramme informieren und auch die Funktion von „Willkommens-
775 Centern“ für EU-Bürger*innen, die sich in Brandenburg niederlassen,
776 übernehmen.

- 777 • Wir stärken die europapolitische Kompetenz der Brandenburger
778 Kommunalverwaltungen und werden dafür Hospitationen von
779 Kommunalverwaltungsmitarbeiter*innen in Brüssel (z.B. bei der
780 Landesvertretung der Brandenburger Landesregierung) fördern.
- 781 • Wir wollen im Rahmen des Erasmus-Programms einen Austausch für kommunale
782 und regionale Mandatsträger*innen in Brandenburg einführen
- 783 • Wir bringen Initiativen zur Beantragung von EU-Fördermitteln für Kommunen
784 in Gang, ganz besonders für Klima- und Umweltfreundliche Projekte.
- 785 • Wir unterstützen die Beziehungen zu unserem Nachbarland Polen, z.B. durch
786 mehr Polnisch-Unterricht an unseren Schulen und die Gründung von deutsch-
787 polnischen Schulen.
- 788 • Wir fördern die regionale Zusammenarbeit mit unseren polnischen
789 Nachbargemeinden, z.B. durch regelmäßige gemeinsame Sitzungen von
790 Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen und Gemeindevertretungen sowie
791 durch Unterstützung von grenzüberschreitend arbeitenden lokalen Vereinen
792 und Initiativen.
- 793 • Wir wollen europäische Städte-, Orts- und Regionalpartnerschaften mit
794 Leben füllen. Vereine, die diese Partnerschaften tragen, wollen wir mit
795 finanzieller und organisatorischer Hilfe unterstützen.

796 **Gemeinsam können wir unser Land *fair*wandeln. Weil wir hier leben!**